

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Uta Zapf, Gert Weisskirchen (Wiesloch),
Freimut Duve, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/6092 –

Für eine Stärkung der OSZE

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Ludger Volmer, Angelika Beer, Amke Dietert-
Scheuer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/5888 –

**Der Weg zu einem Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert:
Die OSZE reformieren und weiterentwickeln**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Gysi, Heinrich Graf von Einsiedel,
Hanns-Peter Hartmann, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/5800 –

**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und
Europäische Friedensordnung**

A. Problem

Auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE am 2./3. Dezember 1996 in Lissabon standen die Beratungen über die künftige Sicherheitsstruktur in Europa und über verbesserte Wirkungsmöglichkeiten der OSZE im Mittelpunkt.

Die in der Gipfelerklärung von Lissabon zum Ausdruck gebrachte Überzeugung der OSZE-Mitgliedstaaten, daß der OSZE vor allem beim Erreichen eines gemeinsamen Sicherheitsraumes eine zentrale Rolle zukommt, erfordert eine weitere Stärkung der OSZE.

So müssen ihre Grundsätze und die Verpflichtungen der Teilnehmer politisch verbindlich gemacht werden, um die politische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der OSZE bei der Regelung von Konflikten zu stärken.

Es muß ein Konzept für das Zusammenwirken der OSZE mit anderen in Europa präsenten Sicherheitsinstitutionen erarbeitet und ein Verfahren für den Informationsaustausch und die Kooperation zwischen diesen Organisationen festgelegt werden, um der OSZE künftig eine führende Rolle bei Präventionsmaßnahmen, beim Krisen- und Konfliktmanagement sowie bei Langzeit- und Peacekeeping-Missionen übertragen zu können und sich der Verwirklichung des Grundsatzes „OSZE first“ im Rahmen der präventiven Politik anzunähern.

Schließlich soll die OSZE auch als Forum dienen, um auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle, Abrüstung und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, als wichtige und integrale Bestandteile eines umfassenden und kooperativen Sicherheitskonzeptes, weiter Fortschritte zu erreichen.

B. Lösung

1. Annahme des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6092 in der Ausschlußfassung.
2. Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/5888.
3. Ablehnung des Antrags der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/5800.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

- a) Dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6092 wird in der nachstehenden Fassung zugestimmt:

Auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE am 2./3. Dezember 1996 in Lissabon wurde über die künftige Sicherheitsstruktur in Europa und über verbesserte Wirkungsmöglichkeiten der OSZE beraten.

- I. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß in der Gipfelerklärung von Lissabon bekräftigt wurde, daß die Umsetzung der in der Schlußakte von Helsinki festgelegten Grundsätze und Prinzipien über die später sogenannte „Menschliche Dimension“ das Fundament für den Demokratisierungsprozeß und die Sicherheitsanstrengungen der OSZE im 21. Jahrhundert bilden soll.

Im Wiener Abschlußdokument von 1989 heißt es: „Die menschliche Dimension schließt alle Menschenrechte und Grundfreiheiten menschlicher Kontakte und anderer Angelegenheiten humanitärer Art ein.“ Dazu gehören: Die zivilen Rechte der Bürger, ein politisch tragfähiges Konzept für die Rechte der Minderheiten und die Garantie der Meinungsfreiheit. Diese Prinzipien zu verwirklichen, haben sich – anders als in den meisten internationalen Organisationen – die OSZE-Mitglieder verpflichtet.

Damit diese Ziele umgesetzt werden, muß auch künftig darauf hingearbeitet werden, daß:

1. Gruppen der zivilen Gesellschaft als Grundlage der Demokratie sowohl innerhalb der Teilnehmerstaaten als auch im Zusammenwirken mit anderen Zivilgesellschaften gefördert werden;
 2. die soziale Marktwirtschaft als reformfähige Ordnung weiterentwickelt wird, die die Sozialpartner ermutigt und sich an ökologischen Gesichtspunkten orientiert.
- II. Der Deutsche Bundestag begrüßt die in der Lissaboner Erklärung zum Gemeinsamen Sicherheitsmodell zum Ausdruck gebrachte Überzeugung der OSZE-Mitgliedstaaten, daß die OSZE eine zentrale Rolle im Bemühen spielt, einen gemeinsamen Sicherheitsraum zu erreichen. Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, daß die OSZE in ihrer Region als Organisation für Konsultationen, Entscheidungsfindung und Kooperation und als regionale Abmachung unter Kapitel VIII der VN-Charta fungiert.

Zukünftig muß darauf hingearbeitet werden, daß die OSZE weiter gestärkt wird und daß ihre Grundsätze und die Verpflichtungen der Teilnehmer politisch verbindlicher gemacht werden. Dadurch soll die politische Entscheidungs-

und Handlungsfähigkeit der OSZE bei der Regelung von Konflikten gestärkt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei der weiteren Arbeit an dem Entwurf für ein gesamteuropäisches Sicherheitsmodell sich dafür einzusetzen, daß der OSZE eine führende Rolle bei Präventionsmaßnahmen, beim Krisen- und Konfliktmanagement, bei Langzeitmissionen und bei Peace-keeping-Missionen zugeordnet wird. Dazu muß ein Konzept für das Zusammenwirken der OSZE mit anderen in Europa präsenten Sicherheitsinstitutionen (NATO, WEU, Europarat, EU) erarbeitet werden und ein Verfahren für den Informationsaustausch und die Kooperation zwischen diesen Organisationen festgelegt werden. Doppelstrukturen müssen vermieden werden. Die OSZE ist ein entscheidender Baustein einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, der gleichwertig neben den Organisationen der kollektiven Verteidigung – NATO und WEU – steht. Die OSZE soll vorrangig mit der Koordinierung der Aktivitäten aller mit Frühwarnung, Präventionsmaßnahmen und Krisenregelung befaßten Organisationen im OSZE-Geltungsgebiet betraut werden. In diesem Sinne ist es Ziel, bei präventiver Politik die Verwirklichung des Grundsatzes „OSZE-first“ anzustreben.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß auf dem Lissaboner Gipfel Rüstungskontrolle, Abrüstung sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen als wichtige und integrale Bestandteile eines umfassenden und kooperativen Sicherheitskonzepts hervorgehoben wurden. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung

1. sich im OSZE-Rahmen für die Verbesserung der Umsetzung bestehender rüstungskontrollpolitischer Abkommen und für die Anpassung und Modernisierung des KSE-Vertrages an ein neues sicherheitspolitisches Umfeld einsetzt;
2. sich für die Aufnahme neuer Verhandlungen über konventionelle Abrüstung einsetzt, die auch angesichts der geplanten Osterweiterung der NATO der neuen sicherheitspolitischen Situation Rechnung tragen sollen. Nach der Umsetzung des KSE-Vertrages darf keine Pause im europäischen Abrüstungsprozeß entstehen. Der nach wie vor zu hohe Bestand an Waffen und Soldaten in Europa muß weiter verringert werden;
3. sich im Rahmen der weiteren Arbeit an Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im OSZE-Gebiet für die Einbeziehung qualitativer Abrüstung und des maritimen Bereiches einsetzt, was im Deutschen Bundestag bereits im Juni 1994 in einem einstimmig angenommenen Antrag zur „Politischen Stärkung und institutionellem Ausbau der KSZE“ gefordert wurde;
4. sich dafür einsetzt, daß die OSZE zur zentralen Melde- und Verteilerorganisation für Informations- und Daten-

austausch ausgebaut wird. Sie soll als ständige Verifikationsagentur eingesetzt werden, die alle Inspektionen koordiniert, Inspektionsberichte sammelt und auswertet sowie bei Bedarf Inspektoren stellt.

- IV. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung sich für die Stärkung der OSZE einsetzt. Deren Schwäche liegt nicht im Bereich der Normsetzung, in dem die Mitgliedsländer hohe Standards für den Verkehr miteinander und im Verhältnis der Regierungen zu den Bürgern vereinbart haben. Fortschritte sind vor allem bei der Normdurchsetzung nötig.

Dazu soll sich die Bundesregierung in ihrer künftigen OSZE-Politik dafür einsetzen, daß folgende Maßnahmen realisiert werden:

1. dem Ständigen Vorsitzenden soll ein ständiges sicherheitspolitisches Beratungsgremium zur Seite gestellt werden, das institutionelle Kontinuität gewährleisten kann, die „Troika“ in ihrer Arbeit unterstützt und Empfehlungen für die Regelung von Sicherheitsproblemen im OSZE-Raum ausarbeitet;
2. die Befugnisse des OSZE-Generalsekretärs sollen ausgebaut werden (Stärkung seiner politischen Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung von Missionen in Zusammenarbeit mit dem Chairman-in-Office und Kompetenzen für die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen für Konfliktregionen);
3. eine Planungs- und Analyse-Zelle für das Konfliktverhütungszentrum der OSZE soll geschaffen werden, die bisherige Missionen und Konfliktregelungsaktivitäten der OSZE auswertet, um neue Missionen effizient vorbereiten zu können, sowie den Informationsaustausch mit anderen Institutionen gewährleistet und Koordinationsaufgaben zwischen ihnen wahrnimmt. Jede Mission sollte wissenschaftlich ausgewertet und die Ergebnisse dem Konfliktverhütungszentrum zur Verfügung gestellt werden;
4. die Anrufung und Entscheidungen des Vergleichs- und Schiedsgerichtshofes der OSZE sollen verbindlicher gemacht werden;
5. die operativen Instrumente der OSZE (z. B. Hochkommissar für nationale Minderheiten, OSZE-Missionen, Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte) sollen personell und finanziell an die Erfordernisse angepaßt werden;
6. gemäß des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 1994 soll im Auswärtigen Dienst eine angemessene Personalreserve für OSZE-Aufgaben bereitgestellt werden;
7. eine spezielle Ausbildung für die Verwendung bei OSZE-Langzeitmissionen soll organisiert werden;

8. für die OSZE soll ein Peacekeeping-Stab geschaffen werden und die Mitgliedstaaten sollten zivile und militärische Ressourcen benennen, die sie vorbehaltlich der Einzelfallentscheidung für eine OSZE-Peace-keeping-Aktivität zur Verfügung stellen.

b) Der Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/5888 wird abgelehnt.

c) Der Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/5800 wird abgelehnt.

Bonn, den 12. März 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Freimut Duve
Berichterstatter

Ludger Volmer
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Freimut Duve, Ludger Volmer und Ulrich Irmner

I.

Der Deutsche Bundestag hat die vorliegenden Anträge auf den Drucksachen 13/6092, 13/5888 und 13/5800 am 14. November 1996 in seiner 138. Sitzung beraten. Die Anträge auf Drucksachen 13/6092 und 13/5888 wurden an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Verteidigungsausschuß, den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Antrag auf Drucksache 13/5800 wurde dem Auswärtigen Ausschuß zur Federführung sowie dem Verteidigungsausschuß und dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle wurde mit der gutachtlichen Stellungnahme für alle drei vorliegenden Anträge beauftragt.

II.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die ihm überwiesenen Drucksachen 13/6092 und 13/5888 am 29. Januar 1997 in seiner 47. Sitzung beraten. Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/6092 – wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5888 – hat der Wirtschaftsausschuß ebenfalls mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

In seiner Sitzung vom 11. Dezember 1996 hat der Haushaltsausschuß die beiden vorgenannten Anträge beraten und folgende Beschlüsse gefaßt: Für den Antrag auf Drucksache 13/6092 wird mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Empfehlung der Ablehnung ausgesprochen. Für den Antrag auf Drucksache 13/5888 wird die mehrheitliche Empfehlung der Ablehnung ausgesprochen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD.

Der Verteidigungsausschuß hat in seiner 53. Sitzung am 12. März 1997 die vorliegenden Anträge beraten und empfiehlt zu a) (Drucksache 13/6092) die Annahme des Antrags in der Fassung der interfraktion-

nellen Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. vom 25. Februar 1997. Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nichtteilnahme der Gruppe der PDS gefaßt. Zu b) (Drucksache 13/5888) empfahl er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nichtteilnahme der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags. Für den unter c) (Drucksache 13/5800) genannten Antrag beschloß er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nichtteilnahme der Gruppe der PDS die Ablehnung.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfahl in seiner Sitzung am 19. März 1997 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der beigefügten interfraktionellen Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. zum Antrag der Abgeordneten Uta Zapf, Gerd Weisskirchen (Wiesloch), Freimut Duve und weiterer Abgeordneter der SPD „Für eine Stärkung der OSZE“ (Drucksache 13/6092) grundsätzlich die Zustimmung. Er wies jedoch darauf hin, daß die in Ziffer II letzter Absatz vom EU-Ausschuß befürwortete Heranführung der WEU an die EU nicht hinreichend zum Ausdruck komme. Der Ausschuß lehnte im übrigen die Vorlagen auf den Drucksachen 13/5888 und 13/5800 ab und erklärte die Vorlage auf Drucksache 13/6092 für erledigt.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle gab in seiner 21. Sitzung vom 26. Februar 1997 folgende gutachtliche Stellungnahme ab:

Zu a) – Drucksache 13/6092 – empfiehlt er dem federführenden Auswärtigen Ausschuß, dem Antrag der Fraktion der SPD in der Fassung der beigefügten interfraktionellen Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. zuzustimmen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS gefaßt.

Zu b) – Drucksache 13/5888 – empfiehlt er dem federführenden Auswärtigen Ausschuß, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/5888 abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gefaßt.

Zu c) – Drucksache 13/5800 – empfiehlt er dem federführenden Auswärtigen Ausschuß, den Antrag der

Gruppe der PDS auf Drucksache 13/5800 abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gefaßt.

III.

In seiner 59. Sitzung vom 12. März 1997 hat der Auswärtige Ausschuß die vorliegenden Anträge beraten und wie folgt entschieden:

Zu a) – Drucksache 13/6092 – empfahl er die Zustimmung in der Fassung der interfraktionellen Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung der Frak-

tion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS.

Zu b) – Drucksache 13/5888 – wurde die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen.

Zu c) – Drucksache 13/5800 – ergeht die Empfehlung der Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. sowie des Abgeordneten Gerd Poppe (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gegen die Stimmen der übrigen Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS.

Bonn, den 12. März 1997

Dr. Friedbert Pflüger

Berichterstatter

Freimut Duve

Berichterstatter

Ludger Volmer

Berichterstatter

Ulrich Irmer

Berichterstatter